



Abschrift: Die Leuchtrakete von Anfang 1956:

„Protestaktion für Spione?“

Auf die Belegschaften und Betriebsräte ging ein wahres Trommelfeuer nieder, sie sollten Protestresolutionen annehmen gegen die Verurteilung der Agenten *H e l d* und *R u d e r t* durch den Obersten Gerichtshof der DDR. Angefangen hatte diese Kampagne im Bundestag. CDU-Präsident Gerstenmaier verkündete einen solchen Protest und alle Parteien – einschließlich der SPD – schlossen sich ihm an. In diesem Stil ging es weiter.“

„Dann allerdings flatterte uns der Bericht über die Stellungnahme der SPD-Fraktion des Hessischen Landtages auf den Tisch. Nun stellt sich heraus, dass man sich bei der SPD-Fraktion veranlasst sah, gleichzeitig einen Protest zu fassen gegen den Freispruch des Obersten a.D. *O h m*, der die Penzberger Arbeiter erschießen ließ.

Dieser Freispruch ist wahrhaft empörend; aber kein Bundestag hat es für notwendig erachtet, hiergegen zu protestieren! Im Gegenteil: Herr *O h m* erhält als Oberst von Bonn eine hohe Pension – Belohnung für die Arbeitererschießungen.

Herr *B r ä u t i g a m*, dem die Verantwortung für die Ermordung von insgesamt 200.000 Menschen in Lettland und Rumänien nachgewiesen wurde, ist einer der höchsten Beamten des Bonner Außenministeriums.

Der Chef der Hitlerschen Gestapo, *D i e h l s*, der ungezählte Grausamkeiten und Morde zu verantworten hat, erhält rund 900 DM Monatspension.

Der Oberreichsanwalt des blutbesudelten „Volksgerichtshofs“ *L a u t z* erhält monatlich 1.343.—DM – und kein Bundestag, kein DGB-Vorstand, keine SPD-Führung hielt es für notwendig, gegen all die Ungeheuerlichkeiten eine Protestaktion anzukurbeln.

Es ist also etwas faul mit der „Protestaktion“ gegen die Verurteilung der Agenten Rudert und Held!

— Seite 2 —

Zuerst einmal muss festgestellt werden: Es ist eine bewusste Unwahrheit wenn jener CDU-Gerstenmaier behauptete und wenn andere ihm nachreden, diese Rudelt und Held seien zum Tode verurteilt worden, weil sie das „Recht der Freizügigkeit“ für Menschen in Anspruch genommen hätten, die aus der DDR nach dem Westen „übersiedeln“ wollten.

Die Wahrheit ist vielmehr: Rudert und Held sind verurteilt worden als Spione, als Menschen, die seit Jahr und Tag für schmutziges Geld das schmutzige Geschäft der Spionage betrieben, um dem amerikanischen Geheimdienst Militär- und Wirtschaftsinformationen für seine Kriegspläne gegen die DDR mit ihren 18 Millionen deutschen Bewohnern zu liefern!

Erinnern wir uns doch, was selbst die kommunistenfeindliche Presse über diese Vorgänge schrieb:

Die Hamburger Illustrierte „Stern“ vom 11. September 1955 erklärte z.B.:

„Wenn die mehr als 500, die mit Erkundungsaufträgen ums Leben gebracht oder in sowjetzonale Zuchthäuser geschickt wurden, Herrn Tillich und seiner Kampfgruppe noch nicht genügen – uns jedenfalls genügen sie - , um den Geschäftemachern des Kalten Krieges einmal gründlich auf die Finger zu schlagen...“

Die „Nürnberger Nachrichten“ schrieben am 30. September 1955:

„Wer Menschen zur Spionage verführt, begeht ein Verbrechen. Wo ist der Staatsanwalt, der sich endlich um dieses Sache kümmert?“

Ähnliche Zitate lassen sich zu Dutzenden anführen. Seien wir uns doch klar über die Ziele dieser ferngesteuerten Kampagne:

sie soll die Arbeiter entzweien, Sozialdemokraten gegen Kommunisten ausspielen und eine gemeinsame Front gegen Remilitarisierung und Ausbeutung verhindern;

sie soll eine Hassstimmung gegen die DDR erzeugen, sie soll die zunehmenden Kontakte zerreißen, die sich zwischen Ost- und West-deutschland angebahnt haben, sie soll Bonn eine „Begründung“ liefern für die Sabotage der innerdeutschen Verständigung; für die Fortführung des Kalten Krieges auf deutschem Boden; schließlich soll diese Kampagne ablenken von den Ungeheuerlichkeiten, die in Westdeutschland vor sich gehen. Ablenken von den Freisprüchen, Pensionszahlungen und Regierungsposten für Leute vom Schlage O h m , B r ä u t i g a m und K e s s e l r i n g , für die SS-Wärter der KZ, für die Militaristen und Faschisten, die überall wieder obenauf sind.

Diese Kampagne soll davon ablenken, dass Bundesgerichtshof und Strafvollzugsbehörden den schwerkranken Arbeiterfunktionär Karl Jungmann in seiner Zelle in Bochum eines grauenhaften Todes sterben ließen, dass sie die Patrioten, wie Fritz Rische, Jupp Ledwohn, Jupp Angenfort, Josef Kukiolszinski und zahllose andere seit Jahr und Tag trotz schwerster gesundheitlicher Gefährdung unschuldig durch ihre Gefängnisse und Zuchthäuser schleifen.

Diese Kampagne soll davon ablenken, dass Bonn sich weigert, die im höchsten deutschen Interesse liegenden

V o r s c h l ä g e der DDR anzunehmen, die da lauten:

— Seite 3 —

Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Deutscher Demokratischer Republik;
Verhinderung des Atomkrieges auf deutschem Boden;
Nichtangriffsgarantie zwischen Bonn und Berlin.

Das ist es, worüber sich jeder Arbeiter, jeder Deutsche klar sein muss, wenn er jener ferngelenkten Hetzkampagne gegenübersteht, die sich hinter der Tarnung „Humanität“ verstecken will. Jawohl, wir sind der Meinung, dass Beschlüsse gefasst werden sollen in den Betrieben, in den Gewerkschaften, in den Massenorganisationen.

Solche Beschlüsse sollten lauten:

Schluss mit dem Kalten Krieg auf deutschem Boden. Schluss mit der Anwerbung und Entsendung von Agenten. Dann gibt es auch keine Todesurteile.

Aufnahme und Festigung der Kontakte zwischen Ost- und West-Deutschland, von Betrieb zu Betrieb, von Gewerkschaft zu Gewerkschaft, von Regierung zu Regierung. Mögen die Kollegen auf dieser Basis doch selbst in die DDR reisen, um sich von der Wahrheit zu überzeugen.

Schluss mit der Refaschisierung und Remilitarisierung Westdeutschlands. Schluss mit der Verfolgung aufrechter Arbeiter und Patrioten, Amnestie für die politischen Gefangenen des Bonner Kanzlers.

Das sind die Beschlüsse, die im Interesse der werktätigen deutschen Bevölkerung liegen. Das sind die Forderungen, für die sich gerade jeder Gewerkschafter, jeder Sozialdemokrat, dem es ernst ist mit seiner Überzeugung, einsetzen sollte.“